

» Wir verteidigen das Magyarentum!«

Völkischer Ethnonationalismus, Ethnopluralismus,
die Ideologie der Neuen Rechten
und das neue Grundgesetz Ungarns

MAGDALENA MARSOVSZKY

Seit 2010 regiert in Ungarn die völkische Regierungskoalition, bestehend aus der Fidesz-Bürgerunion und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) mit einer Zweidrittelmehrheit. Die rechtsextreme Partei Jobbik war bei den Parlamentswahlen 2010 zum ersten Mal – als drittstärkste Partei – mit fast 13% ins Parlament gekommen. Bei den Parlamentswahlen im April 2014 bekam zwar die Regierungspartei Fidesz-Bürgerunion ca. 900.000 Stimmen weniger (44,87%), kann aber weiterhin mit einer Zweidrittelmehrheit regieren. Die zweitgrößte parlamentarische Kraft ist die Oppositionspartei MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) mit 26,37% geworden. Die rechtsradikale Partei Jobbik ist erneut die drittstärkste Kraft mit diesmal mehr als 20% der Stimmen.¹ Da sowohl die Regierungskoalition als auch Jobbik die gleiche völkische Ideologie haben, ist es im Zusammenhang mit Ungarn nicht aufschlussreich, über einen »rechten Rand« zu sprechen. Das, was gemeinhin die extrem rechte Ideologie oder die Ideologie der sogenannten »Neuen Rechten« ausmacht, nämlich das Völkische, ist in Ungarn Mainstream. In meinem Beitrag schildere ich die Strukturen dieser Ideologie und zeige, wie sie im Grundgesetz, das am 1. Januar 2012 in Kraft trat, ihren Niederschlag fand.

In einer Einführung beschreibe ich die Umstände, die dazu führten, dass die Koalitionsparteien mit einer derart überwältigenden Mehrheit an die Macht

1 Ergebnisse der Parlamentswahlen auf einen Blick: <http://vs.hu/valaszttas-live> (Zugriff: 20.04.2014).

kommen konnten. In einem zweiten Abschnitt mit dem Titel »Auf dem Weg zur Verfassung« beschreibe ich die ideologischen Voraussetzungen zum Entstehen des Grundgesetzes und schildere das kulturgeschichtliche Narrativ in Ungarn, mit deren Hilfe die Sprache des Grundgesetzes verständlich wird. Im letzten Abschnitt analysiere ich die Präambel des Grundgesetzes.² Ich zeige auch auf, warum die Ideologie der Fidesz-KDNP-Regierungskoalition in die der europäischen Neuen Rechten eingebettet werden kann.

I. EINFÜHRUNG

Die Geschichte der völkischen bzw. ethnonationalen Ideologie ist in Ungarn etwa genauso alt wie in Deutschland, und auch ihre Wurzeln liegen in der Zeit der Säkularisierung und der Nationenbildung. (Vgl. Marsovszky 2013) Der Rassismus, d. h. der moderne Rassenantisemitismus und der Rassenantiziganismus³ bzw. die für den Rassismus so typische Ausgrenzung eines ›Anderen‹ mit vermeintlich rassenbiologischen Merkmalen, bildeten sich – so wie in Deutschland auch in der Österreich-Ungarischen Monarchie – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts heraus. (Vgl. Marsovszky 2006 und 2014)

Die Meinung, dass Ungarn den Nationalsozialismus der Zwischenkriegszeit von Deutschland ›kopiert‹ hätte, dass also der Nazismus ›Importware‹ sei, wie sie in privaten, öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen immer noch vorherrscht, wird inzwischen von einigen Historiker/innen deutlich hinterfragt.⁴ Stattdessen werden beinahe tagtäglich neue Einzelheiten oder Gesichtspunkte bereits bekannter, jedoch von der Allgemeinheit nicht wahrgenommener historischer Fakten ans Tageslicht geholt. Das Bild Ungarns in der Zwischenkriegszeit kann daher immer weniger als makellos betrachtet werden. Bekannt ist z. B.,

-
- 2 Der vollständige Text der Präambel (in der deutschen Sprachversion) befindet sich im Anhang.
 - 3 Die Begriffe »Rassenantisemitismus« und »Rassenantiziganismus« sollen den Unterschied zum religiös motivierten Antijudaismus und Antiziganismus der Voraufklärungszeit und den anthropologischen Charakter des modernen Rassismus deutlich machen.
 - 4 Eine vollständige Liste dieser Publikationen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, deshalb seien hier nur einige erwähnt. Zur Geschichte des Numerus-Clausus-Gesetzes in Ungarn vgl. Kovács 2012; zur Geschichte des Antisemitismus und der Sozialpolitik der Horthy-Ära vgl. Ungváry 2012; zu den Verbrechen während der Belagerung der Sowjetunion durch ungarische Truppen 1941-1947 vgl. Krausz 2013.

dass Ungarn bereits vor der Besetzung durch die Wehrmachtstruppen am 19. März 1944 alles andere als eine Insel der Unschuldigen war. Das erste Rassengesetz Europas mit der verharmlosenden Bezeichnung »Numerus Clausus« wurde 1920 in Ungarn verabschiedet. Der antisemitische Rassenwahn führte bereits drei Jahre vor der deutschen Besetzung Ungarns zu einem Massaker, das als die bis dahin größte Mordaktion des Holocaust bezeichnet wird: Das mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich verbündete Ungarn deportierte im Sommer 1941 ca. 16.000 früher als staatenlos erklärte Juden und Jüdinnen aus den Ostgebieten des Landes in das von der Wehrmacht eroberte sowjetische Territorium bei Kamenez-Podolsk in der Westukraine und überließ sie der SS, die die meisten ermordete. Um diese Zeit muss der Wille zur Vernichtung der Juden und Jüdinnen in Ungarn bereits existiert haben. (Kovács 2012, Ungváry 2012, Krausz 2013) Es ist inzwischen ebenfalls bekannt, dass die letzte Deportations- und Mordwelle des Holocaust, die zudem besonders grausam war, auch von Ungarn ausging. Im Sommer 1944 wurden durch die bereitwillige Mithilfe Einheimischer binnen acht Wochen beinahe eine halbe Million ungarischer Juden und Jüdinnen nach Auschwitz deportiert. (Vgl. Aly/Gerlach 2002, Szöllösi-Janze 1989, Ungváry 1999) Die »Pfeilkreuzler«, die ungarischen Faschisten, haben nach ihrer Machtübernahme im Oktober 1944 sogar noch um die Jahreswende 1944/1945, also drei Monate vor der Befreiung durch die sowjetische Rote Armee, Tausende ungarische Juden und Jüdinnen in Budapest am Donauufer erschossen, sodass ihre Leichen in den Fluss fielen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte Ungarn jedoch – im Gegensatz zu Deutschland – überhaupt keinen Impuls, der zu einer Reflexion der eigenen Geschichte geführt hätte. Während in der Bundesrepublik Deutschland Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre infolge der immer intensiveren Forschungen – vor allem der Frankfurter Schule um Adorno und Horkheimer – die sozialpsychologisch-analytische, reflexive Herangehensweise nach und nach Fuß fassen konnte und zu einem ersten kulturgeschichtlichen Höhepunkt im berühmten Kniefall von Willy Brandt am Mahnmal des Warschauer Ghettoaufstandes führte (1970), herrschte in Ungarn zu dieser Zeit tiefste Diktatur. Als sich nach 1968 die diktatorischen Regeln etwas lockerten, begann schon 1972 eine neue Welle des »nationalen Erwachens«, die auch von der realsozialistischen Kulturpolitik mit Wohlwollen betrachtet wurde. Die »nationale« Opposition war die geduldete, während die demokratische als die zu bekämpfende galt. Schon damals ist die demokratische Opposition von der realsozialistischen Regierung unter János Kádár (1956-1988 Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, MSZMP und Ministerpräsident) immer wieder antisemitisch angegriffen worden. Eine weit verbreitete Meinung war, die demokratische Opposition sei

›verjudet‹. (Csepeli 1998: 69) Die nationalistischen Tendenzen, die einen deutlichen ethnonationalen Charakter hatten, führten dazu, dass die Regimekritiker (anfangs nationale und demokratische gemeinsam) bereits 1988 in einem Zusammenschluss eine Wende forcierten. Die Wende 1989/1990 war dann – wie von Detlef Claussen (2000) beschrieben und ähnlich wie in den anderen realsozialistischen Ländern – weniger eine demokratische als vielmehr eine ethnonationale, weshalb kurz danach die Einheit der Opposition zerbrach: Bei den ersten demokratischen Wahlen 1990 gewannen die völkischen Parteien gegen die ehemalige demokratische Opposition. Die neue liberale Partei (SZDSZ), die aus der ehemaligen demokratischen Opposition hervorging, hatte damals jedoch eine viel größere Basis, so stellte sie z. B. fortan zwanzig Jahre lang (bis 2010) den Oberbürgermeister der Hauptstadt Budapest.

Auch nach der Wende 1989/90 überwog im Lande die Sicht, dass man sich nach den Jahren »kommunistischer Diktatur« und eines »Aufgehens im wertneutralen Internationalismus« endlich auf die »nationale Identität des Magyarentums« konzentrieren könne. Obwohl es durchaus liberale und demokratische Tendenzen in der Politik und Kulturpolitik gab, hatten sie doch keine strategische Tiefe und Überzeugungskraft, so dass sie kein Gegengewicht zum Nationalismus darstellten. So wurden die liberalen Tendenzen vom völkischen Homogenisierungsdruck und seinen irdischen Heilsversprechen mit den Jahren regelrecht erdrückt. 2010 musste die liberale Partei (SZDSZ) ihre Existenz aufgeben. Ein wichtiges Element beim Bekämpfen der Liberalen und der Sozialisten war der Antisemitismus, mit dem es den Völkischen gelang, die Gegner politisch zu erdrücken bzw. in den Hintergrund zu drängen.

Die Sozialisten, die zwischendurch (1994-1998, 2002-2010, teilweise zusammen mit den Liberalen) an der Macht waren, konnten die völkischen Tendenzen nicht zurückdrängen. Vielmehr betrieben sie über die Jahre hindurch eine Politik, die man als ›völkisch-light‹, also eine weniger konsequente völkische Politik, bezeichnen könnte. Schon bald nach der Wende wurde von den Völkischen die Sicht verbreitet, dass die Sozialisten (MSZP, die Nachfolgepartei der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, ehemals MSZMP) eigentlich die »gleichen Kommunisten seien, nur in einem anderen Gewand« (Marsovszky 2010). Dies stimmt insofern, als es zwischen den früheren Kommunisten und den Sozialisten weiterhin große personelle Überschneidungen gab. Aber das gilt nicht nur für die Sozialisten, sondern auch für diejenigen, die diese Kritik äußerten. Eine personelle Übereinstimmung bei den Politiker/innen der Vor- und Nachwendezeit war – mit Ausnahme der liberalen SZDSZ – bei der überwiegenden Mehrheit der politischen Kräfte zu beobachten.

Bald nach der Wende verbreitete sich die Ansicht, Ungarn sei nicht nur bis zum Abzug der Roten Armee (1991), sondern eigentlich auch nach der Wende ein besetztes, letztlich ›fremdbestimmtes‹ Land gewesen. Wer nun die ›Fremden‹ seien, die das Land besetzt halten, ist seit dem Beitritt Ungarns zur Europäischen Union (2004) am weit verbreiteten Code »Tel-Aviv – New York – Brüssel« nachvollziehbar. Der Antisemitismus – und mit ihm auch der Antiziganismus – wuchsen im Grunde ohne ein demokratisches Gegengewicht und waren nicht nur im rechten (›bürgerlichen‹), sondern auch im linken (›sozialistischen‹) Lager ausgeprägt. Die Paranoia, das Land wäre »zionistisch belagert«, ist seit vielen Jahren vor allem bei den ›Bürgerlichen‹ äußerst verbreitet. ›Die Linken‹ und ›die Linkliberalen‹ seien die inneren ›Verräter‹, die die ›wahren Magyaren‹ an Brüssel ›ausliefern‹ würden.

Die Stimmung im Lande wurde bis 2006 durch den Ethnonationalismus und das völkische Denken – dessen Strukturen hier noch genau erklärt werden – derart explosiv, dass es im Herbst 2006 zu einer ›völkischen Revolution‹ kam, im Zuge derer die ›völkischen Revolutionäre‹ das Gebäude des Staatlichen Fernsehens zur »national befreiten Zone« erklärten, um damit die »goische Einheit« (Goj = Nichtjude) zu wahren. Die Gewalt richtete sich gegen die Journalist/innen des im völkischen Denken als ›jüdisch‹ wahrgenommenen Medien-Macht-Zentrums Staatsfernsehen, das man ›judenfrei‹ sehen wollte.⁵

Immerhin gab es zu der Zeit noch eine demokratische Verfassung, weshalb sich die damalige sozialliberale Regierung auf die demokratischen Grundwerte beziehen konnte, wenn sie den ›nationalen Revolutionären‹ vorwarf, sie wollten den demokratischen Rechtsstaat torpedieren. Doch all dies half nicht: Der ethnonationale Druck – ausgeübt vor allem durch die damaligen Oppositionsparteien Fidesz-Bürgerunion (Fidesz-MSZP), die Christdemokraten (KDNP), die rechtsradikale Partei Jobbik sowie diesen nahe stehende zivile ›nationalrevolutionäre‹ Kräfte und NGOs – war so stark, dass dieser 2010 die ›national-konservative Revolution‹ erfolgreich zu einer ›völkischen Wende‹ führte. Die ›Revolution in der Wahlkabine‹ gelang, und bei den Kommunalwahlen im Herbst desselben Jahres wurde auch die »letzte Bastion der Linken (nämlich die Hauptstadt Budapest, M.M.) eingenommen« – wie der neue Ministerpräsident Viktor Orbán den Sieg bezeichnete. (Marsovszky 2012) Das vermeintliche Joch der (als ›jüdisch‹ wahrgenommenen) Sozialisten und Liberalen war »erfolgreich abgeschüttelt«. Seitdem hat das völkische Denken die absolute Mehrheit in Ungarn.

5 Vgl. Marsovszky 2010 (kulturwissenschaftliche Analyse) und Debreczeni 2012 (Beschreibung der Ereignisse).

II. AUF DEM WEG ZUR NEUEN VERFASSUNG – IDEOLOGISCHE VORAUSSETZUNGEN

Im Folgenden möchte ich die Strukturen des völkischen Denkens in Ungarn darstellen und sie mit der in Europa zunehmenden »nationalrevolutionären«, neu-rechten Ideologie vergleichen. Meine These dabei ist, dass das althergebrachte und nie aufgearbeitete (also nie analytisch und reflexiv betrachtete) alte und traditionelle völkische Denken nun aufgrund neuer Impulse, die aus der Ideologie der Neuen Rechten kommen, international wieder Anschluss findet. Meines Erachtens ist eine »nationalrevolutionäre«, neurechte Bewegung in Ungarn bereits seit 2002 zu beobachten und ihre wesentliche Treibkraft war und ist die Fidesz-Bürgerunion.

Ideologie der »Neuen Rechten«: neurechte Ideologie in Ungarn

Die Bewegung der so genannten »Neuen Rechten« entstand in Europa in den 1960er Jahren als eine sich nationalrevolutionär und antiimperialistisch verstehende Gegenbewegung zur Bewegung der »Neuen Linken« und der kulturellen Revolution der 1968ern. In Deutschland wurde diese Ideologie als Widerstand gegen die Etablierung einer kritischen Geschichtsschreibung, gegen den Verfall von Anstand und Moral und gegen die Überfremdung usw. Anfang der 1970er Jahre konzipiert.⁶ Die Bewegung der neuen »Revolution von rechts« wird seit 1975 »Neue Rechte« genannt. (Bartsch 1975)

Zu den klassischen Elementen der Ideologie der »Neuen Rechten«, die bereits in der Vorkriegszeit tief in der Gesellschaft verankert waren und zum Holocaust führten, gehört eine völkische, ethnonationalistische Einstellung mit einem Blut-und-Boden-Mythos, der aus folgenden Einzelementen besteht:

- einer blutmäßigen Abstammung, Annahme der vermeintlichen Blutgemeinschaft,
- einer geographischen Abstammung und einem daraus abgeleiteten Anspruch auf einen Lebensraum,

6 Als eine Art Manifest des nationalen Widerstandes kann der Text des 1944 als Offizier der Waffen-SS tätigen Arthur Erhardt betrachtet werden, der 1971 mit dem Titel »Auslöschung des deutschen Volkes« im Periodikum *Nation Europa* erschien. (Zitiert in Botsch 2012: 60)

- kulturellen Elementen, worunter nationale Eigenheiten und gemeinschaftliche Verhaltensweisen sowie eine gemeinsame Sprache und die Berufung auf eine historische Tradition fallen. (Puschner 2001)

Hinzu kommen neuere Elemente aus der Zeit nach den 1970er Jahren, wie z. B. die Abgrenzung gegenüber den Besatzungsmächten, die Vorstellung eines Idealbildes von Europa (Europa der Nationen) oder eine radikalnationalistische Einstellung gegen die »Ostpolitik«. Im Kern blieb die neurechte Ideologie im alten Sinne völkisch, nur die Themen, an denen sie sich festmachte, wurden aus der Gegenwart herangezogen.

Auffassung von Volk und Nation

Es gibt kaum einen anderen Begriff, der in der Ideologie der Neuen Rechten häufiger vorkommt, als »Volk« oder »Volkstum«. Er steht im Mittelpunkt dieser Ideologie und bedeutet den Anfang und das Ende ihres politischen Handelns, in dem nicht der Mensch als ein bestimmtes Individuum das Wesentliche ist, sondern der Mensch als Teil einer bestimmten, aber vorgestellten (also real nicht existierenden) kulturellen Gemeinschaft. Dieser Glaube an die Nation ist ein Produkt der nachaufklärerischen Säkularisierung, gleichzeitig die Schattenseite der Aufklärung. (Vgl. Hentges 1991)

Die Auffassung von Volk und Nation ist im Großteil der Gesellschaft Ungarns eine ethnonationalistische, d. h. sowohl bei der Regierung Orbán als auch bei der rechtsradikalen Partei Jobbik und auch beim Großteil der heutigen Opposition. Unter »Volk« wird dabei eine organisch entstandene kulturelle und blutmäßige Abstammungsgemeinschaft verstanden – was an sich eine rassistische Vorstellung ist –, die den Glauben enthält, es gäbe ein reines, homogenes, im Grunde arisches Volkstum der Magyaren. Die ethnonationalistische oder ethnische Konstruktion der Nation kann als Teil einer Rassenkonstruktion aufgefasst werden. (Holz 2001)

Immer öfter wird auch betont, die magyarische Nation sei eine Blutsgemeinschaft. So nennt der stellvertretende Ministerpräsident Zsolt Semjén die magyarischen Minderheiten in den Nachbarländern »Blutsbrüder«⁷ und auch Viktor

7 Vgl. <http://semjenzsolt.hu/2010/05/soha-nem-latott-nemzeti-egyseg/> (Zugriff: 20.04.2014).

Orbán bezeichnete 2012 die Magyaren als einen Blut-Bund, verwurzelt in einem Heimatboden.⁸

Die Blut- und Bodenthese ist nicht nur das Kernelement der Ideologie von Jobbik, sondern auch der gegenwärtigen Orbán-Regierung. Diese Ideologie ist revanchistisch und imperialistisch, da sie unter »Nation« ein größeres Gebiet versteht, als das, was innerhalb der gegenwärtigen Landesgrenzen liegt, was zugleich die Infragestellung des sog. »Schandfriedens« von Trianon (1920)⁹ bedeutet. Sinnbild der magyarischen Nation ist die so genannte »Heilige Ungarische Krone«¹⁰, die gleichzeitig Sinnbild einer Lebensraumideologie des Magyarentums im Karpatenbecken ist.

Auffassung von Europa

Dementsprechend betonen die Fidesz-Bürgerunion, die Christdemokraten und Jobbik seit vielen Jahren, dass sie die Konzeption eines »Europa der Nationen« befürworten.¹¹ Viktor Orbán sprach zum ersten Mal 2002 über diese Konzeption:

-
- 8 Vgl. <http://pusztaranger.wordpress.com/2012/10/06/viktor-orbans-blut-und-boden-rede-dokumentation-und-kommentar/> (Zugriff: 20.04.2014).
 - 9 Da Ungarn in der Österreich-Ungarischen Monarchie auf der Verliererseite des Ersten Weltkriegs stand, musste es nach dem Vertrag von Trianon (1920) zwei Drittel seiner Gebiete an Nachbarländer abtreten. Dieser Vertrag ist – wie der Vertrag von Versailles in Deutschland nach 1920 – noch heute Anlass für eine Dolchstoßlegende, nämlich, dass es »nicht die äußeren Feinde waren, die Ungarn besiegten, sondern die inneren Feinde« hätten die Magyaren »hinterrücks niedergestochen«, wie es der stellvertretende Ministerpräsident Zsolt Semjén einmal sagte (<http://semjenzsolt.hu/kozelet/beszedek/trianonban-belso-ellensegek-szurtak-hatba-az-orszagot> (Zugriff: 20.04.2014)).
 - 10 Die Staatsgründer-Krone aus dem 11. Jahrhundert wird seit 2000 unter der Kuppel des Parlamentsgebäudes ausgestellt. Um diese Krone gibt es aber auch einen Mythos (eine Art Gründungsmythos) der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, im Zuge der völkischen Bewegung, entstand. Nach diesem Mythos steht die »Heilige Ungarische Krone« für die Kontinuität der magyarischen Nation unter verschiedenen Fremdherrschaften und für die so genannte »Historische Verfassung«, genannt »Lehre der Heiligen Ungarischen Krone«, die eine völkische Lehre ist.
 - 11 Vgl. [http://www.fidesz.hu/hirek/2013-04-26/kiallunk-a-nemzetek-europaja-mellett/](http://www.fidesz.hu/hirek/2013-04-26/kiallunk-a-nemzetek-europaja-mellet/); <http://jobbik.hu/programunk/nemzetek-europaja> (beide Zugriff: 26.04.2014).

»Wir wollen in einem einheitlichen Europa leben [...]. Diese Denkweise ist die der Nationalgesinnten [...]. In Ungarn ist die Linke internationalistisch, [...] während die bürgerliche Opposition eine politische Kraft ist, die die Denkweise eines Europas der Nationen teilt.«¹²

An diesem Gedanken feilte 2011 der stellvertretende Ministerpräsident Zsolt Semjén weiter, als er sagte:

»Niemand kann das spezifisch Nationale besser verkörpern als das Polentum für die polnische Kultur, das Kroatentum für die kroatische Kultur, das Franzosentum für die französische Kultur und das Deutschtum für die deutsche Kultur. Und niemand kann der magyarschen Kultur, Geschichte, Sprache und Kunst mehr geben als das Magyarentum. [...] Deshalb ist es unsere erstrangige Pflicht [...], unser Magyarentum zu erhalten und zu stärken, denn das ist es, was wir der universalen Menschheit geben können.«¹³

Auch der EU-Abgeordnete der rechtsradikalen Partei Jobbik, Csanád Szegedi, sagte 2010: »Die Delegation von Jobbik im EU-Parlament wird alles dafür tun, [...] dass in der Zeit der EU-Ratspräsidentschaft Ungarns ein wichtiger Schritt in Richtung eines Europa der Nationen getan wird.«¹⁴ Der Wirtschaftsminister György Matolcsy sagte wiederum im Mai 2012: »Das europäische Imperium hat bereits vor seiner Geburt versagt. Kehren wir zum Gedanken eines Europa der Nationen zurück!«¹⁵ Für den Minister für Kultur und Bildung Zoltán Balog ist die europäische Kultur ebenfalls nur durch die »nationalen Kulturen« vorstellbar.¹⁶

12 http://2001-2006.orbanviktor.hu/hir.php?aktmenu=3_4&id=1351&printing=1 (Zugriff: 20.04.2014). Wenn nicht anders angegeben, stammen die Übersetzungen von der Verfasserin.

13 <http://www.youtube.com/watch?v=aRyVqutdd58> (Zugriff: 20.04.2014).

14 http://barikad.hu/szegedi_csanad_10_pontja_ne_idegen_erdekek_kepviseletevel_tolts_e_orban_es_martonyi_felaves_magyar_eu (Zugriff: 20.04.2014).

15 http://mandiner.hu/cikk/20120531_matolcsy_belathato_idon_belul_nem_kell_belepni_nk_az_eurozonaba (Zugriff: 20.04.2014).

16 <http://www.balogzoltan.hu/unnepi-beszed-a-magyar-kultura-napjan-az-urania-nemzeti-filmszinhazban/> (Zugriff: 20.04.2014).

Ethnopluralismus

Die Konzeption eines »Europa der Nationen« ist ethnopluralistisch und nach Roger Griffin sogar – faschistisch. (Griffin 1991: 171) Der Begriff »Ethnopluralismus« besteht aus dem griechischen »ethnos« und dem lateinischen »pluralis« und bedeutet ein Nebeneinander von Ethnonationalismen oder ein Nebeneinander von Volksgemeinschaften. Der Ethnopluralismus steht im Gegensatz zu den universalen Menschenrechten bzw. zur humanistischen Idee. Während die humanistische Idee das Nebeneinander von Individuen bzw. eine sich permanent verändernde und ineinander aufgehende Vielfalt bedeutet, erscheinen im Ethnopluralismus die Volksgemeinschaften so, als wenn sie voneinander durch die spezifischen Eigenarten – in geographischer und blutmäßiger Abstammung, in Kultur und Sprache sowie in einem postulierten gemeinschaftlichen Bewusstsein – getrennt wären. Der Ethnopluralismus bedeutet das Nebeneinander von vermeintlich homogenen ethnischen Volksgemeinschaften, d. h. das Nebeneinander von geschlossenen Gesellschaften und geschlossenen Kulturen.

Nach der ethnopluralistischen Auffassung sind Völker oder Volksgemeinschaften nur dann fähig Konflikte zu lösen, wenn sie sich auf die eigenen kulturellen und geographischen Eigenheiten konzentrieren. Diese Ideologie geht davon aus, dass die einzelnen Volksgemeinschaften jeweils einheitliche Kulturen bilden, die man gegen »fremde Einflüsse« verteidigen müsse. Damit die jeweiligen Volksgemeinschaften ihre eigene Kultur und Identität bewahren können, wird angenommen, sie müssten sich voneinander abgrenzen. So wird der Kampf um eine reine Kultur zum Kampf gegen die Aufklärung und zur Kampfansage gegen den Universalismus. Das Nebeneinander der ausgrenzenden Nationalismen will eine Alternative des Universalismus und des Egalitarismus sein, produziert und bereitet jedoch genau dadurch den Boden für Ausgrenzungen, für den Terror nach Innen und für den Krieg nach Außen vor.

Ethnopluralismus – Neorassismus

Der Ethnopluralismus ist eine rassistische Konzeption. Nach Étienne Balibar wird er Rassismus ohne Rassen genannt (Balibar/Wallerstein 1990), weil er annimmt, dass es nebeneinander existierende kulturelle und genetisch unterschiedliche Gemeinschaften gäbe. In dieser Konzeption wird »Kultur« gesagt und »Rasse« verstanden. Deshalb wird Ethnopluralismus auch Neorassismus genannt.

Auch nach der Antisemitismusforscherin Claudia Globisch ist Ethnopluralismus eine rassistische Weltanschauung, die die Menschen in die Kategorie ei-

nes Volkes zwingt und die räumliche Abgrenzung der »Völker« fordert. Unter »Volk« versteht der Ethnopluralismus eine nach Abstammung bestimmte partikulare Gruppe. Der Ethnopluralismus nimmt an, dass die »Völker« eine jeweils bestimmte unveränderbare kulturelle Identität haben, dass es im Volkstum einen bestimmten unveränderlichen »Kern« gäbe. Nach dieser Konzeption bedeutet »Vielfalt« eine Vielzahl der Volksgemeinschaften. (Globisch 2007 und 2011)

Wenn die Protagonisten des Ethnopluralismus über das gleichwertige Nebeneinander der Kulturen (der Volksgemeinschaften) sprechen, dann meinen sie im Grunde das Nebeneinander von Rassen. Vereinfacht ausgedrückt: Man sagt »Nation«, »Kultur« oder »Identität«, meint aber »Rasse«. Die Neue Rechte argumentiert kulturalistisch und meidet traditionelle biologistische Begriffe. Deshalb ist ihr Rassismus nicht direkt wahrnehmbar, er erscheint als eine in der Kultur versteckte Ideologie. In der Ideologie der Neuen Rechten dient die eigene »völkische Kultur« als eine Grundlage für die Identität, deshalb unterscheidet sie zwischen der »eigenen« und der »fremden« Kultur. Die Neue Rechte betont das Nebeneinander und die Gleichwertigkeit von ethnischen Kulturen und spricht nicht über die Überlegenheit der eigenen Kultur. Sie möchte mit den anderen »starken Nationen« zusammenarbeiten.

Neue Rechte in Ungarn – Ähnlichkeiten und Unterschiede zur europäischen Bewegung

Dass Ungarn eine Neue Rechte bräuchte, darüber sprach Viktor Orbán (damals noch als Oppositionsführer) explizit 2007. In der gleichen Rede sagte er auch, dass er die 1968er-Kulturrevolution als eine Gegenrevolution verstünde: »1968 sahen wir eine Gegenrevolution, die erfolgreich war und vierzig Jahre lang den Hintergrund der europäischen Politik lieferte.«¹⁷ Ähnlich wie die Protagonisten der Neuen Rechten in Deutschland grenzt man sich in Ungarn vom historischen Nationalsozialismus ab. So wie man sich in Deutschland bewusst auf die Denker der Weimarer Republik bezieht und von einer »konservativen Revolution«¹⁸

17 http://www.miniszterelnok.hu/beszed/orban_viktor_tusnadfurd_337_i_beszede (Zugriff: 20.04.2014).

18 Die Thesen der Denker in der Weimarer Republik werden in der Forschung seit der 1949 publizierten Dissertation Armin Mohlers unter dem Begriff »konservative Revolution« zusammenfasst. (Vgl. Weiss 2011 und 2012.)

spricht, so wurde auch in Ungarn von einer »konservativen Revolution« im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel 2010 gesprochen.¹⁹

Für die europäische Neue Rechte ist es typisch, die Idee der kulturellen Hegemonisierung von Antonio Gramsci zu übernehmen und für die eigene Ideologie einzusetzen. Fidesz führte eine Strategie der kulturellen Hegemonisierung seit den verlorenen Wahlen 2002 bewusst strategisch durch. Der Druck auf den liberalen und demokratischen Teil der Gesellschaft wurde einerseits von unten mit einer durchdachten »Bottom-Up-Top-Down-Strategie«, also mit Hilfe von lokalen und dezentral organisierten »Bürgerkreisen«, andererseits von oben, von den nationalgesinnten Parteien – nach Gramscis Strategie – ausgeübt. Eine große Hilfe leisteten dabei die »nationalgesinnten« Medien, die den fließenden Übergang zwischen der »top«- und der »bottom«-Ebene sicherten. Das Ziel war die völkische Wende, die – wie bereits beschrieben – 2006 beinahe geglückt war.

Im Gegensatz zur Ideologie der europäischen Neuen Rechten, die das gleichberechtigte Nebeneinander der Kulturen (gemeint »Rassen«) betont, spielt in Ungarn auch die Vorstellung der eigenen »kulturellen Überlegenheit« eine Rolle. Darauf deutet die 2010 einsetzende Renaissance der Idee der kulturellen Überlegenheit des Magyarentums im Karpatenbecken unter dem »legendären« Kulturminister Kuno von Klebersberg in der Zwischenkriegszeit (in Amt 1922-1931) hin. Im Gegensatz zu den Neuen Rechten in Europa, bei denen die traditionelle biologistische Argumentation des Rassismus keine Rolle spielt, wird in Ungarn äußerst oft biologistisch oder biopolitisch argumentiert.²⁰ So hatte z. B. Géza Szöcs, der Kulturstaatssekretär der neuen völkischen Fidesz-Regierung 2010, nach seinem Amtsantritt vor, eine Forschungsgruppe zu gründen, die mit einer DNA-Analyse dem Ursprung des Magyarentums nachgehen sollte.²¹

Die Umgestaltung Ungarns nach völkischen Gesichtspunkten war viele Jahre lang der Wunsch Viktor Orbáns. So hat er bereits im April 2008 auf der Konfe-

19 So z. B. in der Wochenzeitschrift *Heti Válasz* (http://hetivalasz.rcom.hu/jegyzet/konzervativ-forradalom-a-ketharmados-felhatalmazas-uzenete-28913/?orderby=novekvo&numberpage=20&hozzaszolas_oldal=1 Zugriff: 20.04.2014) oder in einem Gespräch mit dem Philosophen J. C. Nyíri, der sich auf den Begriff im positiven Sinne bezog. Vgl.: Marsovszky 2011c.

20 An der »biologistischen« oder »biopolitischen« Argumentation, wenn also eine ursprünglich kulturelle Erscheinung mit Hilfe der Biologie erklärt wird, wird einmal mehr deutlich, dass Rassismus kein biologisches, sondern ein kulturelles Problem ist.

21 http://index.hu/kultur/pol/2010/06/11/felulvizsgalna_a_finnugor-elmeletet_a_kultura_lis_vezetes/ (Zugriff: 20.04.2014).

renz *Land, Kirche, Seele* bedauert, dass es 1989/90 keine »völkische« (»népnemzeti«) Wende in Ungarn gab:

»Was wollten wir eigentlich 1988? Wenn wir alles noch einmal rekapitulieren, dann wollten wir eine wirkliche völkische Wende, eine nationale Ordnung in Ungarn. Doch die Wende ist keine völkische geworden, sondern eine Wende der Kompromisse der damaligen Parteien. [...] Wir werden ohne eine völkische Wende nicht aus der Krise kommen.«²²

Orbán's Rede zeigt, dass er den demokratischen Widerstreit ablehnt und die völkische Ideologie für Demokratie hält. Nur die ethnische Kulturnation ist nach seiner Auffassung dazu fähig, echte Gemeinschaften ins Leben zu rufen und innerhalb der Gemeinschaft Solidarität zu zeigen.

Doch der Ethnonationalismus erreicht das Gegenteil. Während er eine »nationale Einheit« propagiert, führt er zur Segregation, da sich diese Ideologie nur über Feindbilder definieren kann. Grundlage dieses Denkens ist der Glaube an eine (Welt-)Verschwörung, deren Opfer das Volkstum sei. Von diesem »Opferdasein« verspricht der Ethnonationalismus eine Erlösung – im Sinne einer diesseitigen Metaphysik –, in der die »glückliche Einheit des Ariertums«, das irdische Paradies schlechthin, erreicht werden soll. Der Wunsch nach einer »Erlösung, Wiederauferstehung oder Neugeburt der Nation« ist in Ungarn – im Gegensatz zur Neuen Rechten in Europa – besonders stark ausgeprägt. Dies schlägt sich in der Sakralisierung/Mystifizierung der Nation (nach Roger Griffin ist dies ein Kernelement des Faschismus; Griffin 1991) nieder und fördert das Neuheidentum oder den Okkultismus. Viele Hunderttausende huldigen in Großfestivals der »falschen Gottheit« und werden dabei auch von einem Teil der christlichen Kirche und von der Regierung unterstützt. (Marsovszky 2011b und 2013)

Die Hoffnung auf die »Erlösung der Nation« ist ein Kernelement in der völkisch-ethnonationalistischen Auffassung in Ungarn, das eine große Zugkraft auszuüben in der Lage ist. Entgegen der christlichen Vorstellung, die den Universalismus propagiert, befürwortet der völkische Nationalismus den Partikularismus. Im Gegensatz zur göttlichen bedeutet die Sakralisierung der Nation eine irdische Metaphysik und verspricht – statt einer Erlösung nach dem Tode – die Erlösung im diesseitigen Leben. Diese Zugkraft machte den Sieg der völkischen Parteien möglich.

22 http://2007-2010.orbanviktors.hu/beszedekek_list.php?item=43 (Zugriff: 20.04.2014).

Ethnische Kultur – geschlossene Kultur – geschlossene Gesellschaft

Die völkisch-ethnische Konzeption der Nation geht davon aus, dass nur die reinen völkischen Verhaltensweisen, die gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur und die gemeinsamen historischen Traditionen die Volksgemeinschaft zusammenhalten können. Deshalb kämpft sie gegen jeden ›fremden Einfluss‹. Alles, was fremd oder anders ist, wird in ihr als Bedrohung wahrgenommen. Das Gefühl der Bedrohung führt zu dem Bestreben, die ›Reinheit der Kultur‹ um jeden Preis bewahren zu wollen. Dies führt in Ungarn zu einer Homogenisierung der Kultur bzw. dazu, dass das gesamte politische und kulturelle Leben strukturell dem ethnischen Gesichtspunkt untergeordnet wird. Die ethnische Sicht trägt zur Geschlossenheit der Gesellschaft bei. Der Homogenisierungsdruck wächst, die Radikalisierung nimmt zu.

Die ethnische Kulturauffassung führt in Ungarn auch zur Ethnisierung der Erinnerungspolitik: Einzelne historische Ereignisse werden willkürlich, im Sinne eines Opfermythos, aneinandergereiht, so dass sie im Gesamtkontext die Geschichte verfälschen. (Vgl. Werz 2000, Marsovszky 2011a) In Ungarn werden z. B. die ›Leidensgeschichte der Magyaren‹ in Trianon und die ›Leidensgeschichte der Juden‹ im Holocaust einander gegenübergestellt, und Ungarn wird als Opfer der »Terrorsysteme der Nationalsozialisten und der Kommunisten« präsentiert. Dies geschieht im dominierenden völkischen öffentlichen Diskurs, d. h. in der offiziellen Kultur- und Bildungspolitik sowie im Großteil der Medien, aber auch in ›alternativen‹ zivilen Projekten oder Großfestivals und inzwischen – wie noch dargestellt wird – auch im neuen Grundgesetz. Diese Tendenz führt zur Relativierung des Holocaust. Dass die kulturelle Homogenisierung zu einem neuen Antisemitismus²³ führt, beweist auch die Einbettung der legendären Kunsthalle in Budapest in die so genannte Makovecz-Kunstakademie, deren Präsident György Fekete von den Mitgliedern eine »deutliche nationale Einstellung« fordert und den berühmten György Konrád nicht als ungarischen, sondern als »im Ausland als Ungar anerkannten« Schriftsteller bezeichnet.²⁴

23 Antisemitisch werden nicht nur Jüdinnen und Juden angegriffen, sondern alle, die in der völkischen Auffassung in einer rassistischen Diskursfigur als ›jüdisch‹ wahrgenommen werden, d. h. Linke, Linksliberale, kritische Philosophen usw., völlig unabhängig davon, ob sie jüdisch sind oder nicht.

24 http://mandiner.hu/cikk/20121130_fekete_futyul_erre_a_demokraciara (Zugriff: 20.04.2014).

Geographisch-räumliche Herkunft (Anspruch auf Lebensraum)

Die Protagonisten der völkischen Ideologie sind zwar kurzfristig dazu fähig, glaubhaft zu machen, dass sie mit anderen Kulturen zusammenarbeiten können, doch auf lange Sicht treten Schwierigkeiten auf, vor allem, weil die Forderung nach einem »Lebensraum« und der damit einhergehende Revanchismus in allen Fällen die Interessen der Nachbarn verletzt und zu Konflikten führt. Die Lebensraumideologie ist eng mit der Blut- und Boden-Ideologie verknüpft. So sprach Viktor Orbán bereits 2002 von einem wirtschaftlichen Lebensraum im Karpatenbecken, durch den aus- und inländische Magyaren miteinander verbunden werden können.²⁵

Da die Grenzen des Lebensraumes nicht mit den Staatsgrenzen identisch sind, spricht Orbán seit vielen Jahren von einer Fünfzehn-Millionen-Nation der Magyaren, obwohl in Ungarn derzeit weniger als 10 Mio. Menschen leben. 2005 sagte er: »Im ganzen Karpatenbecken, aber vor allem bei den inländischen Magyaren brauchen wir ein Umdenken: Das wichtigste Ziel ist – statt der Unterstützung der Magyaren außerhalb der Landesgrenzen – die nationale Einigung.«²⁶ An dieser Aussage wird besonders deutlich, dass Orbán seit vielen Jahren statt einer punktuellen Hilfe an der strukturellen Umgestaltung der Region arbeitet, was die Konflikte schürt.²⁷

Ethnozentrismus – Gewaltspirale

Im Ethnonationalismus übt die »Ingroup« einen permanenten Homogenisierungsdruck auf alle aus, die sie als »Outgroup« erlebt, wodurch eine »zentrale politische Kraft«²⁸ und eine Ethnokratie entsteht. In ihr wird die ethnische Kulturauffassung mit Hilfe der Legislative und mit allen Mitteln durchgesetzt. Eth-

25 http://2001-2006.orbanviktork.hu/hir.php?aktmenu=3_4&id=899 (Zugriff: 20.04.2014).

26 http://www.valtozast.hu/web/index.php?option=com_content&task=view&id=45&Itemid=43 (Zugriff: 20.04.2014).

27 Vgl. z. B. <http://www.pestertloyd.net/html/1231basescurohu.html>, http://www.pestertloyd.net/2012_08/08slowakeivorderwahl/08slowakeivorderwahl.html (Zugriff: 20.04.2014). Orbáns Wille zur Umgestaltung der Region erscheint besonders eklatant, wenn er auf das Recht der kulturellen- und Gebietsautonomie der Minderheitenmagyaren in Rumänien und in der Ukraine beharrt. (Vgl. <http://jungle-world.com/artikel/2014/21/49905.html> (Zugriff: 30.05.2014).

28 Orbáns Ausdruck aus seiner Grundsatzrede zu den bevorstehenden Parlamentswahlen: »Die magyarische Qualität des Seins bewahren«.

nozentrismus führt also automatisch zu Gewalt, denn das Gefühl der Bedrohung führt zu Verteidigungsmechanismen, in denen man sich von den ›Feinden der Nation‹ befreien will. (Beer 2007: 11) Seit vielen Jahren ist eine ethnopolitische Mobilisierung bei den völkischen Parteien Fidesz, KDNP und Jobbik zu beobachten, die den Boden für (künftige) Gewaltakte vorbereitet und damit eine Gewaltspirale losstritt. Bei Viktor Orbán ist eine militante Rhetorik seit Jahren bemerkbar, so sagte er 2009 z. B.: »Es ist auch für uns Reinrassige nicht leicht, in den Kampf zu ziehen, obwohl er zu unserem Lebenselement gehört.«²⁹ Die permanente ethnopolitische Mobilisierung schafft seit vielen Jahren im Land ein unerträgliches Hassklima, das sich beispielsweise in der bereits erwähnten Stürmung des Fernsehgebäudes 2009 oder im rassistisch motivierten Serienmord an Roma und Romnija 2009 entlud. (Marsovszky 2010 und 2014)

Die Ethnisierung der sozialen Frage als ›volksnationale‹ Frage

In der Ideologie der Neuen Rechten ist nicht die soziale Gleichheit das Wesentliche, sondern der ›Schutz der Nation‹, so im Falle von Ungarn der ›Schutz der Volksgemeinschaft‹ gegen vermeintliche Feinde und gegen ›anationale‹ oder ›nationalfremde‹ Interessen. Wenn sich die Orbán-Regierung gegen die EU und den IWF (Internationalen Währungsfond) wendet, z. B. mit Slogans wie »Wir werden keine Kolonie!« und »Wir verteidigen das Magyarentum!«³⁰, dann betrachtet sie die ›soziale Frage‹ als eine ›nationale Frage‹. Möglicherweise kann in Ungarn heute – zusätzlich zu den unaufgearbeiteten Traumata – auch von einem postkolonialen Trauma gesprochen werden, in dem der Hass der alten Besatzerin, der »Sowjetunion«, auf die als so empfundene ›neue Besatzerin‹, die »Europäische Union«, übertragen wird.

Die Ideologie der Neuen Rechten in Ungarn entspricht in der sozialen Frage dem Großteil der oppositionellen ›Linken‹. Die soziale Frage wird in Ungarn – abgesehen von einer kleinen Minderheit, vor allem in der Partei »Demokratische Koalition« – auch in der demokratischen Opposition ziemlich durchgehend als ›nationale/volksnationale Frage‹ betrachtet, weshalb der sogenannte regressive Antikapitalismus im Sinne eines Antisemitismus unter den linken Parteien verbreitet ist. (Haury 2002) Diese Erscheinung ist durchaus auch in Deutschland zu

29 http://2007-2010.orbanviktor.hu/beszedekek_list.php?item=80 (Zugriff: 20.04.2014).

30 Transparente mit entsprechenden Texten sieht man bei den sog. »Friedensmärschen für die Regierung«, vgl. z. B.: <http://pusztaranger.wordpress.com/2012/10/19/friedensmarsch-mit-kriegsrhetorik-das-orban-umfeld-mobilisiert-fur-den-23-oktober/> (Zugriff: 20.04.2014).

beobachten, in Ungarn nimmt sie jedoch einen viel größeren Raum ein. Dies (die Verbindung der sozialen mit der nationalen/volksnationalen Frage) dürfte der Grund dafür sein, dass die gegenwärtige Opposition der Fasisierung Ungarns gegenüber keine demokratische Alternative entgegensetzen kann. Der Faschismus wird in Ungarn allgemein mit der Krise des Kapitalismus und mit der ›Macht des Kapitals‹ in Verbindung gebracht, weshalb rassistisierende Tendenzen nicht einmal als solche wahrgenommen werden. Indem ›rechts‹ wie ›links‹ das Feinbild ›Kapital‹ pflegen, sind der faschistischen Ideologie Tür und Tor offen.

Die Verdrehung der Täter-Opfer-Relation

Der Ethnopluralismus kann in der neurechten Ideologie auch deshalb nicht so leicht durchschaut werden, weil er die nationale Identität weniger im klassischen Sinne verteidigt, sondern vielmehr im Neorassismus der »kulturellen Identität« versteckt und dabei sogar mit einem humanen antirassistischen Anspruch daherkommt. Von diesem Standpunkt aus werden ›Magyarenfeindlichkeit‹ und ›Antimagyarismus‹ entsprechend als Rassismus gegen die Mehrheit empfunden. So fordert z. B. Tamás Fricz, ein Politologe des regierungsnahen »Instituts für das 21. Jahrhundert« (»XXI. Századi Intézet«)³¹ in dem Aufsatz »Anti-Antimagyar« ausgerechnet die »sogenannten liberalen Intellektuellen« (György Konrád, Péter Nádas, Péter Esterházy usw.) auf, gegen den »Antimagyarismus« aufzutreten. Dieselben Intellektuellen werden von ihm permanent antisemitisch angegriffen.

Wenn Fricz sagt, dass »nur in Ungarn durch eine Minderheit gegen die Mehrheit gehetzt werden« könne³² und seiner Aussage die Namen dieser Intellektuellen hinzufügt, dann ist dies ein typischer Fall für die Täter-Opfer-Umkehrung. Die Folge ist (Psycho-)Terror gegen linksliberale Intellektuelle und gegen kritische Journalisten, die 2011 zu Hunderten von den öffentlichen Medien gefeuert und durch rechte bis rechtsradikale Mitarbeiter ersetzt wurden.³³ Besonders viel Aufsehen erregte die permanente mediale und politische Attacke gegen die kritischen Philosophen an der Akademie der Wissenschaften: Über viele Monate wurde gegen sie antisemitisch gehetzt.³⁴ Der Terror hält an. In den Me-

31 http://www.xxiszazadintezet.hu/bemutakozo/fricz_tamas.html (Zugriff: 20.04.2014).

32 <http://www.fidesz.hu/index.php?Cikk=130159> (Zugriff: 20.04.2014).

33 <http://pusztaranger.wordpress.com/2011/07/07/massenentlassungen-in-den-staatlichen-medien/> (Zugriff: 20.04.2014).

34 Vgl. »Schützt die Philosophen! ›Wir machen uns Sorgen‹: Philosoph Jürgen Habermas und der ehemalige Kultur-Staatsminister Julian Nida-Rümelin warnen vor Ungarns Umgang mit missliebigen Regimekritikern – und sprechen vom ›Skandal im

dien wird permanent die Sicht verbreitet, dass eine ›verschwörerische Macht‹ die ›magyarische Nation‹ beherrsche.³⁵ Nach dieser Auffassung war Ungarn nicht nur bis zum Abzug der Roten Armee (1991), sondern eigentlich bis zu den Parlamentswahlen 2010 ein durch die inneren Feinde ›fremdbestimmtes‹ Land.

Da die ethnische Sichtweise in der gesamten Gesellschaft äußerst verbreitet ist³⁶, konnte die damit einhergehende Verbreitung der neurechten Ideologie nicht zurückgedrängt werden. Die darin immanent enthaltene ethnomobilisierende Kraft führte so weit, dass 2010 die neurechte Ideologie in Ungarn mit einer absoluten Mehrheit die Regierung stellen konnte und nun die diskursive Hoheit innehat.

III. AUF DEM WEG ZUR NEUEN VERFASSUNG – NEURECHTE LEGISLATIVE

2012 wurde schließlich eine neue Verfassung verabschiedet, der zwei wichtige Gesetze, das neue Staatsbürgerschaftsgesetz und das Mediengesetz, vorangingen. Sie bereiteten den Boden und die mentale Akzeptanz der Bevölkerung für die neue Verfassung. All diese Maßnahmen legitimieren das Vorgehen gegen Minderheiten und Kritiker sowie gegen kulturell Andersdenkende.

Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz

Die neue Regierung, bestehend aus der Fidesz-Bürgerunion (Fidesz-MPSZ) und den Christdemokraten (KDNP), machte sich nach ihrer Konstituierung und mit einer noch nie dagewesenen Vehemenz an die Umgestaltung des Rechtsstaates. Zunächst, kurz nach der Konstituierung der neuen Regierung (29. Mai 2010), wurde das neue Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet, es trat am 01. Januar

Skandal«, in: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/aufruf-von-habermas-und-nida-rue-melin-schuetzt-die-philosophen-1.1050449> (Zugriff: 20.04.2014).

35 So z. B. im Vierteiler KRIEG GEGEN DIE NATION, der 2012 im öffentlich-rechtlichen »Duna TV« ausgestrahlt wurde (<https://www.youtube.com/watch?v=4ZuHzbPdiMg>, Zugriff: 20.04.2014).

36 Das Problem des Ethnonationalismus oder die der ethnischen Kategorisierung innewohnende mobilisierende Kraft wird nur vereinzelt thematisiert, so z. B. in der kleinen Forschungsgruppe »Civitas Europa Centralis« (<http://www.cecid.net/>), deren Stiftung ums Überleben kämpft.

2012 in Kraft. Nach dem *Ius-Sanguinis*-Prinzip dürfen jetzt lediglich all diejenigen die ungarische Staatsbürgerschaft bekommen, die oder deren Vorfahren irgendwann die ungarische Staatsbürgerschaft besaßen und/oder wenn die Antragsteller ihre ungarische Abstammung glaubhaft machen können. Die im Ausland lebenden Volkstumsmagyar/innen werden also nicht nur kulturell, sondern auch rechtlich-administrativ in den Nationsbegriff einbezogen. Volkstumsmagyar/innen können demnach auch dann die ungarische Staatsbürgerschaft erhalten, wenn sie nicht in Ungarn leben.³⁷

Nachdem der erste Versuch mit dem so genannten »Status-Gesetz«³⁸ im Jahre 2001 (während der ersten Orbán Regierung, 1998-2002), die »nationale Einheit über die Grenzen hinweg« herzustellen, misslungen war, bedeutete jetzt das neue Staatsbürgerschaftsgesetz den ersten völkischen (Blut-und-Boden-)Durchbruch nach der Wende. Zum ersten Mal gelang es, die seit langen Jahrzehnten erfahrbare völkisch-ethnonationalistische und gleichzeitig demokratiefeindliche Ideologie auch in einem Gesetz, d. h. in der Legislative zu verankern. Selbst bei der Opposition läuteten keine Alarmglocken: Sie sprach sich beinahe einstimmig für das neue Gesetz aus, das Gesetz wurde mit 97,7% vom Parlament verabschiedet. Es trage zu einer »noch nie dagewesenen nationalen Einheit« bei, nach der die magyarischen Minderheiten außerhalb der Landesgrenzen auch »im Sinne der Verwaltung als Teile der Nation betrachtet werden«, wie es Zsolt Semjén, der stellvertretende Ministerpräsident und Chef der Christlich Demokratischen Volkspartei nach der Abstimmung formulierte.

Das neue Mediengesetz

Dem Staatsbürgerschaftsgesetz war auch ein Mediengesetz vorausgegangen, das ebenso am 01. Januar 2012 in Kraft trat. Hier wird neben dem Minderheitenschutz auch der »Schutz der Mehrheit« (d. h. der völkischen Nation) vorgeschrieben, was jegliche Kritik an der völkischen Politik unterbindet. Das neue Mediengesetz bedeutete die nächste Etappe auf dem Weg zur Legitimierung der Unterdrückung von Minderheiten und Andersdenkenden.

37 In der Legislaturperiode 2010-2014 haben nach dem neuen Gesetz ca. eine halbe Million Menschen die ungarische Staatsbürgerschaft erhalten (<http://www.Pesterlloyd.net/html/1349500000paesse.html>; Zugriff: 20.04.2014).

38 <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/article7CXSN-1.491426> (Zugriff: 20.04.2014).

Die neue Verfassung, genannt Grundgesetz

Die neue Verfassung trat unter dem Namen »Grundgesetz« am 01. Januar 2012 in Kraft. Das Grundgesetz entstand in nur wenigen Wochen im Eilverfahren, ohne einen gesamtgesellschaftlichen Konsens und ohne dass Wissenschaftler/innen aus verschiedenen Disziplinen konsultiert worden wären.

Für die kulturgeschichtliche Untersuchung ist vor allem die Präambel (mit ihren dreiunddreißig Sätzen die längste in der EU) von Interesse. Einzig in der Präambel des ungarischen Grundgesetzes erscheinen Feindbilder³⁹, hier schlägt sich die neurechte Ideologie nieder. Der Schritt, der neurechten Ideologie Eingang in die Legislative zu gewähren, ist deshalb so bedeutend, weil hier die völkischen, ethnokratischen und faschisierenden Tendenzen als verfassungs- und rechtmäßig legitimiert werden.

Auswirkungen des Grundgesetzes

Die Präambel ist wie eine Art Nationalphilosophie oder Selbstdefinition der Nation zu lesen. Das Grundgesetz stützt sich demnach auf die völkische Nation. Der Begriff »Republik« ist aus dem Text der Präambel verschwunden, Ungarn heißt jetzt konsequent »Magyarenland«. In der Präambel zählt nicht das Individuum, sondern das nationale Kollektiv. Im Unterschied etwa zum deutschen Grundgesetz, in dem die Unantastbarkeit der Menschenwürde an erster Stelle betont wird, ist in der Präambel des ungarischen Grundgesetzes von einem »nationalen Glaubensbekenntnis« die Rede. Hier findet die Sakralisierung oder Mystifizierung der Nation aus der völkisch-kulturellen Bewegung ihren Niederschlag und generiert sowie legitimiert die weitere Verbreitung des Neuheidentums. Obwohl auch die christlichen Werte hervorgehoben werden, ist das Grundgesetz somit mitnichten christlich, sondern völkisch und letztlich heidnisch: Es huldigt nicht dem universalen Gott, sondern einer partikularen Gottheit, nämlich der »Nation«. »Erlösung und Neugeburt der Nation« bedeuten aber gleichzeitig die Erlösung der Nation von den Feinden der Nation, also Ausgrenzung, Entfernung und letztendlich Mord. So werden auch Stimmen laut, sich für die Nation aufzuopfern.⁴⁰ Ein solcher Aufruf ist jedoch nichts Anderes, als der Aufruf zum Mord.

39 Interview mit dem Verfassungsrechtler István Kukorelli, in: http://arsboni.blog.hu/2014/03/16/_miert_nem_figyelték_a_tuzoltokra_interju_kukorelli_istvannal_i_resz (Zugriff: 20.04.2014).

40 <http://pusztaranger.wordpress.com/2013/12/21/welches-theater-braucht-das-volk-faschistisches-theater/> (Zugriff: 20.04.2014).

Wie Ulrich Beck treffend schreibt: »Die Praxis der Verschwörungstheorie ist Terrorismus.« (Beck 2004: 34)

Die Nation erscheint in der Präambel im revanchistischen Sinne als das noch nicht »zerstückelte« Großungarn. Auch wird betont, dass die »Heilige Krone« die Kontinuität der früheren, »historischen Verfassung« sowie die »Einheit der Nation« symbolisiere. All diese Elemente aus der Kulturgeschichte verweisen auf die völkische »Lehre der Heiligen Ungarischen Krone«, die Lebensraumideologie im Karpatenbecken.

Die Passagen, dass die »nationale Kultur einen reichen Beitrag zur Vielfalt der europäischen Einheit leistet« und »die Freiheit und Kultur anderer Völker geachtet« sowie »eine Zusammenarbeit mit allen Nationen der Welt angestrebt« werden, deuten auf das ethnopluralistische Denken hin.

Der Wunsch der Präambel, dass Ungarn wieder groß werde, entspricht dem propagierten Sozial- und Kulturdarwinismus, die institutionell auch befeuert werden. Dies zeigt sich nicht nur in einem Boom revisionistischer historischer Bezüge wie Würdigungen für das langjährige ungarische Staatsoberhaupt Miklós Horthy, der bereits weit vor dem Zweiten Weltkrieg antijüdische Gesetze erließ und Mitverantwortung an der Vernichtung der ungarischen Jüdinnen und Juden trug. In den Nationalen Grundlehrplan wurden zudem antisemitische Schriftsteller der Zwischenkriegszeit (z. B. József Nyirő, Albert Wass) als Lektüre aufgenommen.

Ableitung von Menschenrechtsverletzungen aus dem Grundgesetz

Die Parallelisierung der nationalsozialistischen und kommunistischen Herrschaft führt dazu, dass »die Leugnung des Völkermordes im Kommunismus« (im Realsozialismus, bis 1989) seit 2010 zur Bestrafung führt. Es heißt, in Ungarn sei mit der Besetzung durch Deutschland die Rechtskontinuität unterbrochen worden. Nach der verfassungsmäßigen Geschichtsbetrachtung heißt dies also im Umkehrschluss, dass alles, was nach dem 19. März 1944 passiert ist, so auch der Holocaust in Ungarn, nicht Ungarn angerechnet werden könne, während alles, was vorher geschah, nichts mit Hasskultur, mit Rassismus und Antisemitismus zu tun hatte und rechtmäßig war. Diese Sichtweise verleitete den Vorsitzenden des neuen historischen Instituts »Veritas« in Budapest, Sándor Szakály, dazu, den Holocaust (genauer die Deportationen und das Massaker von Kamenez-

Podolsk 1941) verharmlosend als »fremdpolizeiliche Maßnahmen« zu bezeichnen.⁴¹

Aus der völkischen Auffassung des Grundgesetzes folgt, dass Minderheitenpolitik Volkstumspolitik ist. Das heißt, dass zwar der Schutz des »Zigeunertums« oder des »Judentums« betont werden, doch der strukturelle Antisemitismus und der strukturelle Antiziganismus⁴² werden nicht nur nicht eingedämmt, sondern sogar – z. B. durch permanente antisemitische und antiziganistische Hetze in den Medien – gefördert. (Marsovszky 2014)

Aus der Tatsache, dass die Mehrheit (die »Volksgemeinschaft«) schützenswert ist, ergibt sich die bereits auf die Rechtspraxis übertragene Täter-Opfer-Umkehr, nach der Minderheiten wegen »Volksverhetzung und Magyarenfeindlichkeit« verurteilt wurden.⁴³ Die Gesetze, die zum Schutz der Minderheiten geschaffen wurden, werden jetzt also zum Schutz der Mehrheit verwendet.

Beim Beitritt zur EU 2004 hat zwar auch Ungarn zugesagt, seine Minderheitengesetze an das EU-Recht anzugleichen. Da jedoch im gleichen Prozess das völkisch-ethnonationale Denken nicht demokratisiert und damit entkräftet wurde, passiert unter dem gleichen Stichwort das Gegenteil: Minderheitenpolitik bedeutet auch nach 2004 vor allem die Förderung der magyarischen Minderheiten in den Nachbarländern und weniger eine Desegregationspolitik. Die Herangehensweise an die Problemstellung verläuft nicht entlang der universalen Menschenrechte, sondern entlang des Definierens und Bestimmens von Volksgruppen. Minderheitenpolitik ist also Volkstumspolitik.

Die Zeile in der Präambel, dass »die Grundlage der Kraft der Gemeinschaft und der Ehre aller Menschen die Arbeit« sei, entspricht der Leitidee einer »auf Arbeit basierten Volksgemeinschaft«, die mit dem Begriff Viktor Orbáns als

41 Der Holocaust als »fremdenpolizeiliche Maßnahme« des ungarischen Staates, in: Blog Pusztaranger, 17.01.2014 (<http://pusztaranger.wordpress.com/2014/01/17/der-holocaust-als-fremdenpolizeiliche-masnahme-des-ungarischen-staates/>, Zugriff: 20.04.2014).

42 Der Antisemitismus und der Antiziganismus sind immer strukturelle Probleme, da nicht nur Jüdinnen und Juden oder Romnija und Roma antisemitisch und antiziganistisch ausgegrenzt werden, sondern auch solche, die als solche wahrgenommen werden. Auch der Rassismus ist immer ein strukturelles Problem, da es in der Menschheit keine Rassen gibt. Der Rassismus richtet sich gegen Menschen, die als zu einer bestimmten »Rasse« zugehörig wahrgenommen werden. Vgl. z. B. Arndt 2014: 31 sowie Salzborn 2010, 2014.

43 http://index.hu/video/2012/07/03/harmincnegy_ev_ciganyoknak_rasszizmusert (Zugriff: 20.04.2014).

»Arbeitsgesellschaft«⁴⁴ verbreitet ist. Da jedoch damit das Arbeitsethos die größte Rolle in Ungarn spielt, führt dies auf der anderen Seite dazu, dass all diejenigen, die aus der Arbeitswelt ausfallen, einen strukturellen Rassismus erfahren: Sowohl Roma als auch Arme und Obdachlose werden auf die gleiche Weise ausgegrenzt und als kriminell betrachtet.⁴⁵ So legitimiert z. B. ein 2011 erlassenes Gesetz die Vertreibung von Obdachlosen aus dem öffentlichen Raum in ganz Ungarn. Dass die Mehrheit der Gesellschaft rassistisch eingestellt ist, zeigte sich daran, dass sie sich von den neuen Gesetzen unberührt zeigte, lediglich einige NGOs und das Verfassungsgericht protestierten. Doch daraufhin wurde das *de facto*-Verbot der Wohnungslosigkeit im März 2013 in den Verfassungsrang gehoben. Für die Betroffenen bedeutet dies Geldstrafen, Inhaftierung und Gewalt durch Polizei und Behörden. Wegen der Zunahme von potentiellen Insassen werden die Gefängnisse ausgebaut. Auch die Sozialpolitik ist rassistisch: Die Auszahlung von Sozialhilfe ist seit 2012 an den Zwang zu gemeinnütziger Arbeit und an Ordnungskontrollen in Wohnungen geknüpft. Dabei lassen die Gesetze viel Raum für tägliche Schikanen: Ein unordentlich oder zu arm eingestuftes Haus oder Garten kann zum Entzug der Sozialhilfe führen. Durch das menschenunwürdige Sozialgesetz leben heute etwa vier Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze.

Der antisemitische, antiziganistische und homophobe Hass richtet sich nicht nur gegen jüdische Gemeinden, gegen Roma und Romnija oder gegen die LGBTQ-Community, sondern auch gegen Linke und Linksliberale sowie gegen Arme und Obdachlose. Aus der Feststellung der Präambel, dass die Grundlage des Zusammenlebens neben der Nation die Familie ist, folgt die homophobe Haltung der Regierung, da nämlich das Grundgesetz (an anderer Stelle) nur die Ehe zwischen Mann und Frau anerkennt.

Infolge der völkischen Staatsbürgerschafts- und Sozialpolitik wurde zudem die auf etwa 10 Mio. geschätzte Bevölkerung Ungarns in den letzten vier Jahren seit 2010 nach ethnischen Gesichtspunkten regelrecht umstrukturiert. Während auf der einen Seite über eine halbe Million Auslandsmagyar/innen (aus der ganzen Welt, vorwiegend aber aus den benachbarten Ländern: der Slowakei, der Ukraine, aus Rumänien, Serbien und Kroatien) die ungarische Staatsbürgerschaft erhielten, so dass sie auch im Sozialsystem wahrnehmbar sind, fielen zur gleichen Zeit infolge der rassistischen, vor allem antiziganistischen Sozialpolitik etwa genau so viele Leute innerhalb des Landes aus dem sozialen Netz; viele re-

44 <http://www.fidesz.hu/hirek/2012-10-19/orban-nem-joleti-allam-hanem-munka-alaputarsadalom-epul-kepek/> (Zugriff: 20.04.2014)

45 Die Begriffe »Zigeuner« und »Armut« werden in Ungarn als Synonyme benutzt.

gierungskritische Linksliberale oder rassistisch Bedrohte mussten das Land verlassen.

Da der Universalismus als Feindbild gilt, werden nicht-völkische, universal-christliche Gemeinden an ihrer Arbeit gehindert, so z. B. die methodistische Gemeinde Gábor Iványi, der der Kirchenstatus aberkannt wurde.⁴⁶ Die Arbeit von demokratischen NGOs wird administrativ behindert⁴⁷ oder juristisch verfolgt, während paramilitärische Organisationen nicht nur weiter agieren, sondern sich aufrüsten und Trainingscamps abhalten dürfen. (Koob 2013) Paramilitärischen Bürgerwehren wurde zudem das Recht auf bewaffneten Selbstschutz auf eigenem Grund und Boden zugesichert.

Die völkische Gleichschaltung führt dazu, dass ein Medienpluralismus und ein freier Informationsfluss de facto nicht mehr existieren, selbst in den ›öffentlich-rechtlichen‹ Medien (z. B. Duna TV) überwiegen völkische Inhalte. Oppositionelle kommen in ihnen kaum zu Wort, im Gegenteil, gegen sie wird gehetzt, so dass ›Linksliberale‹ (Politiker, Journalisten, kritische Philosophen) inzwischen das gemeinsame Feindbild von Fidesz-KDNP und Jobbik sind. Es gibt einen einzigen oppositionellen Fernsehsender (ATV) und einen Radiosender (Klubradio), die jedoch nur in Budapest oder über das Internet zu empfangen sind. Nur das Internet ist frei und wird somit zum Schauplatz der oppositionellen Aktivitäten schlechthin, so z. B. Facebook.

Das neue Wahlgesetz und die Neuordnung der Wahlbezirke, vom Parlament am 23. Dezember 2011 beschlossen, bringen der Regierungskoalition eindeutig Vorteile. Die von der Fidesz eingeführte Wähler/innen-Registrierung richtet sich vor allem gegen sozial deklassierte, mehrheitlich auf dem Land lebende Roma und Romnija und ist eine Hürde bei der Ausübung der demokratischen Teilhabe.

46 Die Gemeinde ist die wichtigste Anlaufstelle von Armen und Obdachlosen in Ungarn. Iványi, der sich seit 1988 der Armenhilfe verschrieben hat, betreibt ein Netz von Sozialhäusern und Ausbildungsstätten für Sozialarbeiter/innen, die mit Hilfe der Stiftung »Oltalom« finanziert werden, aber auch auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind. In Budapest betreibt die Gemeinde eine sogenannte »beheizte Straße« (den beheizten Hof eines ehemaligen Fabrikgebäudes mit vielen Hunderten von Betten und Matratzen). Durch den Entzug des Kirchenstatus entfielen der Gemeinde im Jahr 2011 um die 140.000 Euro, weshalb am Jahresanfang 2012 etwa sechshundert Obdachlose ohne Hilfe blieben. Die offizielle Begründung für den Entzug des Kirchenstatus war die soziale Tätigkeit, die der kirchlichen widerspräche. Vgl. Interview mit Gábor Iványi: <http://mozgovilag.com/?p=4848> (Zugriff: 20.04.2014).

47 Demokratisch oppositionellen NGOs, so z. B. der »Bürgerrechtsbewegung für die Republik«, wurde deren Gesuch, als Verein registriert zu werden, zurückgewiesen.

Das neue Wahlgesetz benachteiligt die Roma und Romnija und diejenigen, die in den letzten Jahren das Land verlassen mussten, bevorzugt dafür die Auslands-magyar/innen in den Nachbarländern. Zudem hat die Regierungskoalition das Wahlgesetz nach dem Motto »the winner takes it all« geändert. Dies wiederum heißt, dass die Regierung nur dann abgelöst werden kann, wenn sich die Opposition in eine einzige große Koalition zusammenschließt. Dies führt innerhalb des oppositionellen Lagers zu einer Aufgabe der demokratischen Vielfalt. So wirkt sich der völkische Homogenisierungsdruck auch indirekt auf die und in der Opposition aus.

Die Opposition ist zersplittert, die Splitterung erfolgt jeweils entlang der ideologischen Linien völkisch – weniger völkisch oder völkisch – nicht völkisch. Es gibt jedoch kaum Gruppierungen, die sich dem immensen ethnonationalistischen Sog dezidiert widersetzen und konsequent die universalen Menschenrechte vertreten.

Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Regierungskoalition auch bei den letzten Parlamentswahlen am 6. April 2014 die Wählermehrheit für sich behaupten konnte.

LITERATUR

- Aly, Götz/Gerlach, Christian (2002): *Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945*. Stuttgart/München.
- Arndt, Susan (2014): »Rassismus und Wissen«. In: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm/Mechtild M. Jansen/Jamila Adamou (Hg.), *Sprache – Macht – Rassismus*. Berlin, 17-34.
- Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (1990): *Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten*. Hamburg.
- Bartsch, Günter (1975): *Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten*. Freiburg.
- Beck, Ulrich (2004): *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*. Frankfurt/M.
- Beer, Mathias (2007) (Hg.): *Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart*. Tübingen.
- Botsch, Gideon (2012): *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute*. Darmstadt (Teil II.: »Nationale Opposition« im Übergang).
- Claussen, Detlev (2000): »Das Verschwinden des Sozialismus. Zur ethnonationalistischen Auflösung des Sowjetsystems«. In: Detlev Claussen/Oskar

- Negt/Michael Werz (Hg.), *Kritik des Ethnonationalismus*. Frankfurt/M., 16-41.
- Csepeli, György (1998): »Jelenlét hiány által. Antiszemitizmus Közép- és Kelet-Európában«. In: *Jel-Kép*, Nr. 2, 69.
- Debreczeni, József (2012): *A 2006-os ősz*. Budapest.
- Globisch, Claudia (2011): »Deutschland den Deutschen, Türkei den Türken, Israelis raus aus Palästina«. Zum Verhältnis von Ethnopluralismus und Antisemitismus«. In: Claudia Globisch/Agnieszka Pufelska/Volker Weiß (Hg.), *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*. Wiesbaden, 203-25.
- Globisch, Claudia (2007): »Warum fordert die NPD ›die Türkei den Türken?« In: Fabian Virchow/Christian Dornbusch (Hg.), *88 Fragen und Antworten der NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können*. Schwalbach, 65-67.
- Griffin, Roger (1991): *The Nature of Fascism*. London.
- Haury, Thomas (2002): *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg.
- Hentges, Gudrun (1999): *Schattenseiten der Aufklärung. Die Darstellung von Juden und ›Wilden‹ in philosophischen Schriften des 18. und 19. Jahrhunderts*. Schwalbach i. Ts.
- Holz, Klaus (2001): *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Hamburg.
- Koob, Andreas (2013): »Antiziganistisches Agendasetting. Garden, Paramilitärs und der Staat im Ort Gyöngyöspata«. In: Andreas Koob/Holger Marcks/Magdalena Marsovszky (Hg.), *Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn*. Münster, 79-86.
- Kovács, Mária M. (2012): *Törvénytől súlytva. A Numerus Clausus Magyarországon, 1920-1945, 1920-1945*. Budapest.
- Krausz, Tamás (2013): *A magyar megszálló csapatok a Szovjetunióban. Levéltári dokumentumok 1941-1947*. Budapest.
- Marsovszky, Magdalena (2006): »Neue völkische Bewegung und Antisemitismus im heutigen Ungarn«. In: Samuel Salzborn (Hg.), *Minderheitenkonflikte in Europa. Fallbeispiele und Lösungsansätze*. Innsbruck, 201-221.
- Marsovszky, Magdalena (2010): »Die fremde Besatzung ist weg, doch der ›Freiheitskampf‹ geht weiter. Und wo ist der Feind?« In: Thomas Flierl/Elfriede Müller (Hg.), *Osteuropa – Schlachtfeld der Erinnerungen*. Berlin, 71–90.
- Marsovszky, Magdalena (2011a): »Die Märtyrer sind die Magyaren«. Der Holocaust in Ungarn aus der Sicht des Haus des Terrors in Budapest und die Ethnisierung der Erinnerung in Ungarn«. In: Claudia Globisch/Agnieszka Pu-

- felska/Volker Weiß (Hg.), *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*. Wiesbaden, 55-75.
- Marsovszky, Magdalena (2011b): »Heiliger Turul, steh uns bei!« Ungarns völkische Wende und die Sakralisierung der Nation«. In: *Stimmen der Zeit. Die Zeitschrift für christliche Kultur*, Heft 6, 390-400, http://www.stimmen-der-zeit.de/zeitschrift/ausgabe/details?k_beitrag=2980968&query_start=1 (Zugriff: 20.04.2014).
- Marsovszky, Magdolna (2011c): »Konzervatív forradalom«. In: http://galamus.hu/index.php?option=com_content&view=article&id=52940%3Amarsovszky-magdolna&catid=80%3Ag-7&Itemid=117&limitstart=3 (Zugriff: 20.04.2014).
- Marsovszky, Magdalena (2012): »Ein neuer Ton in Ungarn«. In: *Wina – Das jüdische Stadtmagazin*, 18. Juni 2012, abrufbar unter: <http://www.wina-magazin.at/?p=271> (Zugriff: 20.04.2014).
- Marsovszky, Magdalena (2013): »Geschlossene Gesellschaft. Zu den ideologischen Hintergründen der völkischen Entwicklung in Ungarn«. In: Andreas Koob/Holger Marcks/Magdalena Marsovszky (Hg.), *Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn*. Münster, 13-62.
- Marsovszky, Magdalena (2014): »Antiziganismus in Ungarn«. In: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm/Mechtild M. Jansen/Jamila Adamou (Hg.), *Sprache – Macht – Rassismus*. Berlin, 286-305.
- Puschner, Uwe (2001): *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache, Rasse, Religion*. Darmstadt.
- Salzborn, Samuel (2010): *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*. New York.
- Salzborn, Samuel (2014): *Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie*. Baden-Baden.
- Szöllösi-Janze Margit (1989): *Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn. Historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft* (Studien zur Zeitgeschichte). München.
- Ungváry, Krisztián (1999): *Die Schlacht um Budapest 1944/45. Stalingrad an der Donau*. München.
- Ungváry, Krisztián (2012): *A Horthy-Rendszer mérlege. Diszkrimináció, szociálpolitika és antiszemitizmus Magyarországon*. Budapest.
- Weiss, Volker (2011): *Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin*. Paderborn.
- Weiss, Volker (2012): *Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus*. Paderborn.

Werz, Michael (2000): »Verkehrte Welt des short century. Zur Einleitung«. In: Detlev Claussen/Oskar Negt/Michael Werz (Hg.), *Kritik des Ethnonationalismus*. Frankfurt/M., 6-15.

ANHANG

Der Text der Präambel des Grundgesetzes⁴⁸

Gott segne den Magyaren!

NATIONALES GLAUBENSBEKENNTNIS

WIR, DIE MITGLIEDER DER MAGYARISCHEN NATION, geben am Anfang des neuen Jahrtausends, in Verantwortung für alle Magyaren, folgende Erklärung ab:

Wir sind stolz darauf, dass unser König, Stefan der Heilige, vor tausend Jahren den ungarischen Staat auf feste Grundlagen stellte, indem er unsere Heimat zu einem Teil des christlichen Europas machte.

Wir sind stolz auf unsere Ahnen, die für die Aufrechterhaltung, Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes kämpften.

Wir sind stolz auf die herausragenden geistigen Leistungen der magyarischen Menschen.

Wir sind stolz darauf, dass unser Volk Europa über die Jahrhunderte in Kämpfen verteidigte, und seine gemeinsamen Werte durch seine Begabung und Fleiß mehrte.

Wir erkennen die die Nation erhaltende Kraft des Christentums an. Wir achten die verschiedenen religiösen Traditionen unseres Landes.

Wir versprechen, dass wir die geistige und seelische Einheit unserer in den Stürmen des vergangenen Jahrhunderts in Teile zerrissenen Nation bewahren werden. Die in Ungarn lebenden Nationalitäten und Volksgruppen betrachten wir als Teil der magyarischen Nation.

48 Die ursprüngliche Übersetzung (<http://vsr-europa.blogspot.hu/2011/03/prambel-entwurf-von-fidesz-und-kdnp.html>) wurde von der Verfasserin (M. M.) korrigiert. Der ursprüngliche Text in Ungarisch: http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?Docid=A1100425.ATV (Zugriff: 20.04.2014).

Wir verpflichten uns, dass wir unser Erbe, nämlich die magyarische Kultur, unsere einmalige Sprache und die von Menschen geschaffenen und von der Natur gegebenen Werte des Karpatenbeckens pflegen und bewahren.

Wir tragen Verantwortung für unsere Nachfahren, deswegen schützen wir die Lebensgrundlagen unserer Nachkommen durch den sorgfältigen Verbrauch der materiellen, geistigen und natürlichen Ressourcen.

Wir glauben, dass unsere nationale Kultur einen reichen Beitrag zur Vielfalt der europäischen Einheit leistet.

Wir achten die Freiheit und Kultur der anderen Völker und streben eine Zusammenarbeit mit allen Nationen der Welt an.

Wir bekennen uns dazu, dass die Grundlage des menschlichen Daseins die Menschenwürde ist.

Wir bekennen uns dazu, dass sich die Freiheit der Einzelnen nur im Zusammenwirken mit anderen entfalten kann.

Wir bekennen uns dazu, dass die wichtigsten Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens die Familie und die Nation sind, die Grundwerte unserer Zusammengehörigkeit sind Treue, Glaube und Liebe.

Wir bekennen uns dazu, dass die Grundlage der Kraft der Gemeinschaft und der Ehre aller Menschen die Arbeit, die geistige Leistung der Menschen ist.

Wir bekennen uns zu dem Gebot, die Hilfsbedürftigen und Armen unterstützen zu müssen.

Wir bekennen uns dazu, dass die Vervollkommnung der Sicherheit, der Ordnung, der Gerechtigkeit und der Freiheit gemeinsames Ziel der Bürger und des Staates ist.

Wir bekennen uns dazu, dass eine richtige Volksherrschaft nur dort gegeben ist, wo der Staat seinen Bürgern dient, und ihre Angelegenheiten mit Billigkeit, ohne Missbrauch und Parteilichkeit erledigt.

Wir ehren die Errungenschaften unserer historischen Verfassung und die Heilige Krone, die die verfassungsmäßige staatliche Kontinuität von Ungarn verkörpert.

Wir erkennen die Aussetzung unserer historischen Verfassung wegen der fremden Belagerungen nicht an. Wir verneinen die Verjährung der unmenschlichen Verbrechen, die während der Herrschaft von nationalsozialistischen und kommunistischen Diktaturen gegen die ungarische Nation und ihre Mitglieder begangen wurden.

Wir erkennen die Rechtskontinuität der kommunistischen Verfassung aus dem Jahre 1949, die die Grundlage einer tyrannischen Herrschaft war, nicht an, deswegen erklären wir deren Ungültigkeit.

Wir sind mit den Abgeordneten des ersten freien Parlaments einverstanden, die in ihrem ersten Beschluss erklärt haben, dass unsere heutige Freiheit aus unserer Revolution von 1956 sprießte.

Wir rechnen die Wiederherstellung der am 19. März 1944 verlorenen staatlichen Selbstbestimmung unserer Heimat ab dem 2. Mai 1990, dem Tag der Konstituierung der ersten frei gewählten Volksvertretung. Diesen Tag betrachten wir als den Anfang der neuen Demokratie und der verfassungsmäßigen Ordnung unserer Heimat.

Wir bekennen uns dazu, dass wir nach den Jahrzehnten, die zu der moralischen Erschütterung des zwanzigsten Jahrhunderts führten, unbedingt einer seelischen und geistigen Erneuerung bedürfen.

Wir vertrauen auf die gemeinsam gestaltete Zukunft, auf die Berufung der jungen Generation. Wir glauben, dass durch die Begabung, Ausdauer und seelische Kraft unserer Kinder und Enkelkinder Ungarn wieder groß wird.

Unser Grundgesetz ist die Grundlage unserer Rechtsordnung: ein Vertrag zwischen den Magyaren der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Es ist ein lebendiger Rahmen, der den Willen der Nation und die Form ausdrückt, in der wir leben möchten.

Wir, die Bürger Ungarns, sind bereit dazu, die Ordnung unseres Landes auf die nationale Zusammenarbeit zu begründen.